



# Arbeits-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder



Nr. 38

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend. Abonnementpreis (M.) 1,50 pro Quartal. Redaktion und Expedition: Hamburg 25, Claus-Groth-Strasse 1, Fernspr. 5, 8246.

Hamburg, den 22. September 1917

Anzeigen kosten die fünfgespaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 50 Pfg. (Der Betrag ist stets vorher einzusenden). Verbandsanzeigen kosten 25 Pfg. die Zeile.

31. Jahrg.

## Wirtschaftsdemokratie.\*

II.

Der Widerstand der bevorrechteten Schichten unseres Volkes gegen eine Demokratisierung auf politischem Gebiete ist bekanntlich trotz des Krieges noch sehr stark; viel stärker aber ist zweifellos der Widerstand unseres Unternehmertums gegen die wirtschaftliche Demokratie. Als den Untergrund dieser antidemokratischen Gesinnung erkennen wir zunächst, abgesehen von der Angst vor dem Neuen, die in den meisten Menschen wohnt, den starken Widerwillen gegen einen Verlust an Macht und Einfluß. Die Angehörigen der bestehenden und herrschenden Schichten haben sich seit Jahrhunderten an ihre bevorrechtigte Stellung gewöhnt; sie erblicken in der gegenwärtigen Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung eine „gottgewollte Ordnung“, an der nicht gerüttelt werden darf. Die wirtschaftlichen und sozialen Vorteile, die ihnen diese Weltordnung bringt, betrachten sie als ihr gutes Recht, auf das sie nach wie vor pochen und an dem sie mit zäher Hartnäckigkeit festhalten. Sie haben keine Lust, auf ihre so einträglichen Vorrechte zu verzichten und ihre Macht und ihren Einfluß mit den Unterschichten zu teilen. Staat und Gemeinde sind in ihren Augen die Domäne, auf der sie allein zu bestimmen haben, und auch die Arbeitsbetriebe sind nach ihrer Meinung ein Gebiet, auf dem nur sie zu schalten und zu walten haben. Und wenn auch im politischen Leben der Widerstand gegen die Demokratie anscheinend schwächer wird, so daß die herrschenden Klassen zu Zugeständnissen an die Volksmassen gezwungen werden, so besteht doch der Widerstand gegen eine Demokratisierung unseres Wirtschaftslebens in aller Stärke fort. Das Unternehmertum ist keineswegs gewillt, den Arbeitern ein wirkliches Mitbestimmungsrecht einzuräumen; es trotz der Lage der Zeit und steht ohne Wanken auf dem alten, liebgeordneten Herrenstandpunkte. Noch heute vertreten die Unternehmer in ihrer übergroßen Mehrheit den Standpunkt, dem ihr Führer Bued vor Jahren mit den Worten Ausdruck verlieh: „Wir sind nicht die Kameraden unserer Arbeiter, sondern ihre Herren, und das wollen wir auch fürderhin bleiben!“ Aus dieser Empfindung heraus sträuben sie sich mit Händen und Füßen dagegen, daß ihre Alleinherrschaft durch ein Mitbestimmungsrecht der Arbeiter eingeschränkt wird. Die Gewerkschaften werden noch viel Kraft aufzuwenden und noch manchen schweren Kampf auszufechten haben, ehe dieser Widerstand endgültig gebrochen sein wird.

Aber es kommt noch ein anderer Grund des Widerstandes hinzu, nämlich die Unkenntnis über das Wesen, die Ziele und die Tragweite der Demokratie. Die Gegner der Demokratie machen sich eine ganz falsche Vorstellung davon, was die Unterschichten erstreben. Die politischen Reaktionsäre leben in dem Wahn, daß eine Demokratisierung unseres politischen Lebens eine „Pöbelherrschaft schlimmster Art“ mit sich bringen werde, und sie sind tiefenfest davon überzeugt, daß in Staat und Gemeinde alles drüber und drunter gehen müsse, falls man den Volksmassen das Mitbestimmungsrecht einräume. Daß dies ein Unsinn ist, brauchen wir unsern Lesern wohl nicht erst nachzuweisen. Die wirtschaftlichen Reaktionsäre erblicken gleichfalls in der Demokratisierung unseres Wirtschaftslebens den Zusammenbruch der Arbeitsbetriebe, die Beseitigung jeglicher Autorität und Disziplin und das Einreißen einer zügellosen Mißwirtschaft, die unser gesamtes Wirtschaftsleben zerstören müsse. Bezeichnend für diese durchaus falsche Auffassung ist ein Artikel der „Deutschen Arbeitgeberszeitung“, in dem ein schauderhaftes Berrbild von der Demokratisierung im Arbeitsverhältnis entworfen wird.

Der Artikelschreiber bemüht sich, den Nachweis zu erbringen, daß eine wirtschaftliche Demokratie den Ruin unseres Wirtschaftslebens bedeutet. Schon im großen politischen Leben könne sich ein demokratisches Regiment nie-

mals auf längere Zeit behaupten, weil die mit ihm notwendig verbundenen Begleiterscheinungen der Zuchtlosigkeit, Unordnung und Korruption ganz von selbst zu einer Neugestaltung der Dinge im Sinne einer mehr oder minder aristokratisch gefärbten Verwaltung zwingen. Ein kleiner Kreis aber, etwa ein Arbeitsbetrieb oder eine andere wirtschaftliche Gemeinschaft, könne es noch weniger ertragen, wenn ihr die kräftige Hand des Führers, wenn ihr die einheitliche Leitung und Disziplin fehle. „Ein Staatschiff kann sich vielleicht noch eben über Wasser halten, auch wenn an Bord versucht wird, die schönen Ideale allgemeiner Freiheit und Gleichheit zu verwirklichen; ein gewöhnliches Schiff aber, auf dem der Kapitän nicht unbedingt kommandieren kann, ist beim ersten Sturm verloren!“

Dies Gleichnis ist offenbar sehr schlecht gewählt; denn es betrifft das Gegenteil von dem, was bewiesen werden soll. Wie jeder Sachkenner weiß, haben wir auf unsern Schiffen bereits die demokratische Einrichtung, daß der Kapitän mit einer aus Offizieren und Mannschaften zusammengesetzten Verleiung regelmäßig zu beraten und zu verhandeln hat, und daß er im Falle einer drohenden Gefahr verpflichtet ist, den Schiffsrat zusammenzuberufen und nach gemeinsamer Beratung Beschlüsse zu fassen. Es wäre ja auch unverzeihlich, wollte man das Leben der Mannschaft sowie Schiff und Ladung dem Willen des Kapitäns auf Geheiß und Verdeck ausliefern. Auch der beste und tüchtigste Schiffsführer kann Fehler machen und falsche Entschlüsse fassen, und darum bestimmt das Gesetz, daß er seine Leute um Rat fragen muß, weil unter ihnen auch Sachkenner und Fachleute sind, die etwas von der Schiffsführung verstehen. Ganz genau so liegt die Sache auch in den Arbeitsbetrieben. Auch hier gibt es Arbeiter und Angestellte, deren Sachkenntnis und gute Ratschläge dem Unternehmer nur zum Vorteil gereichen. Warum soll man sie also nicht hören? Es denkt ja kein vernünftiger Mensch daran, dem Betriebskapitän die Leitung aus der Hand zu nehmen, niemand will die Schranken der notwendigen Autorität und Disziplin niederreißen, niemand will Zuchtlosigkeit und Wirrwarr an die Stelle des planmäßigen Wirtschaftens setzen. Es ist ein Unfug, wenn der Kritikerschreiber behauptet, die Wirtschaftsdemokratie wolle die Betriebsordnung über den Haufen rennen, dem Unternehmer das Verfügungsrecht über sein Eigentum und seinen Betrieb rauben, ihm die Unternehmungslust nehmen und ihn um den Ertrag seiner Arbeit bringen. So unvernünftig sind die Arbeiter nicht, sie wissen ganz gut, daß die Kirche im Dorfe bleiben muß. Das einzige, was sie verlangen, ist das Mitbestimmungsrecht über die Verwendung ihrer Arbeitskraft. Uebrigens steht bereits in dem neuen Hilfsdienstgesetz eine Bestimmung, wonach der Arbeiterausschuß befugt ist, Beschwerden, Wünsche und Anträge vor die Betriebsleitung zu bringen, die sich auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen, die Betriebs-einrichtungen usw. beziehen. Diese Befugnis braucht nur entsprechend erweitert und auf alle Arbeitsbetriebe übertragen zu werden, so ist das Mitbestimmungsrecht da. Natürlich darf es sich hier um keine Scheindemokratie handeln, hinter der sich die Leitung wie hinter einer Kulisse versteckt, sondern was wir fordern, ist eine wirkliche Demokratie. Und diese Wirtschaftsdemokratie muß und wird kommen, falls die Arbeiter sie ernstlich wollen.

## Die Arbeitslosigkeit unserer Mitglieder im Monat August 1917.

Nach der Steigerung der Zahl unserer arbeitslosen Mitglieder im Juli — von 0,20 auf 0,29 vom Hundert — ist im Monat August wieder ein Rückgang, und zwar auf 0,21 vom Hundert, erfolgt. Alle war die Verschlechterung der Beschäftigungsverhältnisse im Juli nur eine vorübergehende. Interessant ist, daß die Schwankungen seit Mai auch im Vorjahre ähnlich so stattgefunden haben, nur daß der Prozentsatz der Arbeitslosen damals allgemein höher war. Es berichteten diesmal wieder nur 95 Filialen, und zwar über 7139 ihrer Mitglieder. Von diesen waren am letzten Sonnabend des August 15 oder 0,21 pZt. arbeitslos.

Wir lassen hier die Zusammenstellung der hauptsächlichsten Ziffern aus unserer Arbeitslosenstatistik seit Januar 1916 beziehungsweise 1915 folgen:

Monat	Es be- richte- ten Fil- ialen	Mitgliedszahl in den be- richteten Filialen am Monats- schlusse			Arbeitslose am Schlusse der letzten Woche des Monats	Auf je 100 Mitglieder entsaffene Arbeitslose am Schlusse der letzten Monats- woche		
		1917	1916	1917		1916	1916	1917
Januar	111	9197	6909	647	256	17,55	7,03	8,68
Februar	102	9081	6934	449	157	15,18	4,94	2,20
März	104	8802	6986	150	55	5,29	1,82	0,79
April	102	8727	6958	179	52	1,84	2,05	0,74
Mat.	99	8748	7017	181	81	2,25	2,07	0,44
Juni	102	8650	6874	176	14	8,20	2,08	0,20
Juli	104	8392	7047	187	21	2,81	2,24	0,29
August	95	8417	7139	117	15	2,29	1,30	0,21
Septbr.	—	8007	—	65	—	1,30	0,81	—
Oktober	—	7814	—	125	—	8,88	1,50	—
November	—	7208	—	165	—	6,88	2,29	—
Dezember	—	7016	—	238	—	7,27	3,89	—

Folgende Filialen fanden die statistischen Karten nicht beziehungsweise nicht rechtzeitig ein: Bamberg, Coblenz, Colibus, Grimmitzhan, Düren, Hensburg, Frankfurt a. d. O., Graubenz, Glistrow, Hamm, Heilbronn, Jüggelstadt, Liegnitz, Nordhausen, Osnabrück, Passau, Rathenow, Ulm, Weißwasser.

## Die Bedeutung der gemeinnützigen Bautätigkeit für den Kleinwohnungsbau.

Unter gemeinnütziger Bautätigkeit wird jene Bautätigkeit verstanden, die nicht dem privaten Bauinteresse, sondern der Herstellung guter und preiswerter Wohnungen unter Ausschaltung hoher Gewinne für die Bauherren und Besitzer der Wohnungen dient. Diese Bautätigkeit wird in Deutschland in erster Linie von Bauvereinigungen und in zweiter Linie von Bauvereinigungen in Form von Wohnungsgenossenschaften mit beschränkter Haftung betrieben, die ihren Mitgliedern weder hohe Dividenden noch bei ihrer Auflösung Geldgewinne verschaffen. Die Bauvereinigungen dieser Art haben in den letzten beiden Jahrzehnten bei uns einen starken Aufschwung genommen, einen besonders starken in den Jahren 1908 bis 1912, wo alljährlich über 100 Bauvereinigungen neu gegründet wurden. Im Jahre 1910 sind nach dem 14. Sonderheft des Reichsarbeitsblattes in Deutschland rund 1400 Wohnungsgenossenschaften mit etwa 275 000 Mitgliedern festgestellt worden. Aus diesen Ziffern ergibt sich schon die große volkswirtschaftliche und soziale Bedeutung der gemeinnützigen Bautätigkeit.

Der Aufschwung der gemeinnützigen Bautätigkeit ist aus dem immer größer werdenden Mangel an Wohnungen, der sich im Laufe der Zeit aus dem Versagen der privaten Bautätigkeit auf dem Gebiete des Kleinwohnungsbauwesens entwickelt hat. Die Wohnungsgenossenschaften wollen diesem Mangel nach Möglichkeit abhelfen, indem sie selbst für ihre Mitglieder das Wohnverhältnis in angemessener Weise zu befriedigen streben, wobei sie auf dem Gebiete des Wohnungs- und Siedlungswezens zugleich Pionierdienste leisten und vorbildlich und anregend auf die private Bautätigkeit wirken wollen.

Der Anteil der von der gemeinnützigen Bautätigkeit errichteten Wohnungen an unserm Gesamtwohnungsvorrat ist heute allerdings noch nicht sehr groß. Er wird nur auf etwa 2 bis 3 pZt. des Gesamtvorrates geschätzt, was ja bei dem geringen Alter der Wohnungsgenossenschaften auch nicht verwunderlich ist. Immerhin hatten nach einer (unvollständigen) Zusammenstellung in dem genannten Sonderheft die in 12 Revisionsverbände zusammengefaßten Wohnungsgenossenschaften bis Ende 1915 bereits rund 31 000 Häuser gebaut, und zwar 19 100 Mietshäuser (das heißt Häuser, deren Wohnungen an die Mitglieder der Genossenschaften vermietet) und 12 700 Erwerbshäuser (das sind Häuser, die an die Mitglieder der Genossenschaft verkauft werden). Im allgemeinen haben die Wohnungsgenossenschaften bis jetzt nur das Wohnungsbedürfnis eines Teiles ihrer Mitglieder befriedigen können; am meisten noch der Verband von Hessen-Rhassau und Süddeutschland, der für 96 vom Hundert seiner Mitglieder Wohnungen beschaffte.

Viel besser tritt die Bedeutung der gemeinnützigen Bautätigkeit in die Erscheinung, wenn man ihren Anteil nicht am gesamten Wohnungsvorrat, sondern an der fortlaufenden Bautätigkeit und am Kleinwohnungsbau feststellt. Da ergibt sich, daß in einer ganzen Reihe von Städten in einzelnen Jahren ein Zehntel bis zur Hälfte aller Kleinwohnungen von der gemeinnützigen Bautätigkeit errichtet worden sind. So schwankte zum Beispiel in Braunschweig in den Jahren 1908 bis 1911 der Anteil der gemeinnützigen Bautätigkeit am Kleinwohnungsbau

\* Schluß zu dem Artikel in Nr. 35.



von zwischen 15 und 30 vom Hundert. In Cassel wurden 1910, 1912 und 1913 über ein Viertel bis ein Drittel, in Dresden 1908 und 1911 über ein Viertel, in Duisburg 1908 und 1909 ebenfalls über ein Viertel aller Mietwohnungen von der gemeinnützigen Bautätigkeit erreicht. In Elberfeld betrug der Anteil 1910 ein Drittel, und 1914 fast die Hälfte. In Mühlhausen betrug er im Jahre 1910 sogar auf 61 pSt., und in den Jahren 1912 und 1913 immer noch auf 53 beziehungsweise 41 pSt. Diese Ziffern, denen sich noch viele aus andern Städten anreihen lassen, zeigen deutlich, in wie hohem Maße der Mietwohnungsbau schon vor dem Kriege aus den Händen der privaten in die der gemeinnützigen Bautätigkeit übergegangen war.

Während des Krieges hat leider die gemeinnützige Bautätigkeit fast ganz geruht. Nur Bauten, die bei Ausbruch des Krieges bereits angefangen oder für die die Vorbereitungen bereits so weit gediehen waren, daß die Mietaufnahme finanziellen Schaden zur Folge gehabt hätte, sind im allgemeinen fertiggestellt worden. Das hat allerdings seine guten Gründe. Einmal ist die gemeinnützige Bautätigkeit fast noch mehr als die private auf fremde Gelder, und zwar auf möglichst billige Gelder angewiesen. Diese standen aber während des Krieges nicht zur Verfügung. Die ehemaligen Geldgeber, unter denen die Landesversicherungsanstalten an erster Stelle standen, legten ihre verfügbaren Gelder für die Landesverteidigung in Kriegsanleihen an. Dann aber fürchtete man auch, die gemeinnützigen Bauvereinigungen würden während des Krieges durch den Anstieg von Mieten, die Aufkündigung von Mietsverhältnissen usw. schweren Schaden erleiden. Aus diesem Grunde empfahl die neunte Konferenz von Vertretern der Bauvereinigungen während des Krieges den einzelnen Genossenschaften, während des Krieges und so lange nicht zu übersehen sei, wie das Wohnungsbedürfnis sich örtlich entwickelte, nur bei dringendem Bedürfnis und bei Sicherung des dauernden ausreichenden Ertrages Neubauten herzustellen. Die Bauvereinigungen sind aber bis jetzt im allgemeinen viel günstiger über den Krieg hinweggekommen, als dies bei Kriegsausbruch befürchtet wurde.

Durch das Mißen der gemeinnützigen Bautätigkeit während des Krieges entfiel den Mietern großer Schaden. Wenn dieser Schaden heute noch nicht oder doch nicht stark fühlbar ist, so wird er nach dem Kriege um so fühlbarer werden. Denn erst dann wird die hierdurch entstandene Wohnungsnot und Wohnungssteigerung voll in die Erscheinung treten. Es ist deshalb sehr erfreulich, daß die preussische Regierung in ihrem vom Landtag angenommenen, aber vom Herrenhaus noch nicht erledigten Wohnungsgesetzentwurf einen Beitrag von 20 Millionen Mark als Stammeinlagen des Staates bei gemeinnützigen Bauvereinigungen bereitgestellt hat, und daß sie sich außerdem zur Übernahme von Bürgschaften für Darlehen bereit erklärt, die gemeinnützigen Bauvereinigungen von anderer Seite gewährt werden. Möchten diese Vorlagen bald Gesetz werden, damit die gemeinnützigen Bauvereinigungen einen neuen Antrieb für ihre Tätigkeit erhalten!

### Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1916.

Die örtlichen Vereinigungen der Gewerkschaftskartelle haben ganz besonders unter den ungünstigen Einwirkungen des langandauernden Kriegszustandes zu leiden. Diese Tatsache kommt in der Statistik über den Bestand und die Tätigkeit der Kartelle der freien Gewerkschaften im Jahre 1916, die von der Generalkommission in Nr. 85 des „Correspondenzblatt“ veröffentlicht ist, noch schärfer als im Vorjahre zum Ausdruck. Von 641 in dem Verzeichnis eingetragenen Kartellen, an die Berichtsbogen versandt wurden, sind nur 469, 55 weniger als 1915, an der Statistik beteiligt. Das Versagen von Kartellen an der Statistik ist jedoch nicht gleichbedeutend mit deren Auflösung oder der Unterlassung jeder Tätigkeit. Vielfach konnte die Ausfertigung der Fragebogen bei dem ewigen Wandel und Wechsel der Funktionäre und dem Fehlen genügender Unterlagen nicht erfolgen. In vielen Fällen ruht zwar die Tätigkeit der Kartelle, während der Zusammenschluß der Gewerkschaften fortbesteht. Aus allen diesen Gründen läßt sich zurzeit die Zahl der Kartelle nicht genau feststellen. Da es sich bei dem Ausfall der Kartelle hauptsächlich um kleinere handelt, so wird der Wert der Statistik, soweit der Kreis der erfahrenen Mitglieder in Frage kommt, nicht in dem Maße beeinträchtigt, als es bei der geringen Beteiligung der Kartelle an der Statistik erscheinen könnte.

Der 469 berichtenden Kartellen waren 1916 5845 Gewerkschaften angeschlossen, die zusammen 837 492 Mitglieder zählten. Die gleichen Kartelle hatten am 1. Juli 1914, also kurz vor Kriegsausbruch, 2 090 637 Mitglieder. Von dem Mitgliederbestande des Jahres 1916 kommen 4189 Mitglieder auf den Süddeutschen Eisenbahnerverband, der mit 13 Zweigvereinen den berichtenden Kartellen angeschlossen ist. 833 203 Mitglieder gehören den freien Gewerkschaften an. Nach der Gewerkschaftsstatistik betrug die Mitgliederzahl der Zentralverbände am Ende des Jahres 1916 944 575. Von diesem Bestande sind demnach 88,2 pSt. von der Kartellstatistik erfaßt worden, gegen 88,4 pSt. im Vorjahr und 91,4 pSt. im Jahre 1913. Von den den Kartellen angeschlossenen Mitgliedern der Zentralverbände kommen auf den Metallarbeiterverband 235 604, den Fabrikarbeiterverband 73 120, den Bauarbeiterverband 60 529, den Holzarbeiterverband 60 521 und den Transportarbeiterverband 57 617 Mitglieder. Diese fünf Verbände umfassen zusammen über die Hälfte des gesamten Mitgliederbestandes der Kartelle.

Eine für die Arbeiter sehr wertvolle Einrichtung bilden die Arbeitersekretariate und Rechtsauskunftstellen der Kartelle. Der Kriegszustand hat ihren Wert noch erhöht, und es war deren Aufrechterhaltung unter allen Umständen trotz finanzieller Schwierigkeiten durchaus geboten. Soweit Kartelle sich stark vermindertem Mitgliederbestand nicht in der Lage waren, aus eigenen Mitteln Arbeitersekretariate anrechtzuerhalten, hat die Generalkommission Zuschüsse beziehungsweise Darlehen zur Unterhaltung dieser Einrichtungen geleistet. Insgesamt wurden von den Kartellen 113 Arbeitersekretariate unterhalten gegen 115 im Vorjahr. Von den 469 berichtenden Kartellen unterhielten 123 Rechtsauskunftstellen.

Die agitatorische Tätigkeit der Kartelle ist während des Krieges fast völlig unterbunden. Es wurden 410 allgemeine und 202 berufliche Versammlungen abgehalten. Die ersteren beschäftigten sich hauptsächlich mit Fragen der Lebensmittelversorgung, ein Gebiet, das die Tätigkeit der Kartelle hervorragend in Anspruch nahm und sie vor schwierige Aufgaben stellte.

Die finanzielle Grundlage der Kartelle beruht in der Beitragsleistung der angeschlossenen Gewerkschaften, die in der Regel pro Jahr und Mitglied berechnet wird. Die Beitragsätze bewegen sich im allgemeinen zwischen 20 % und 2,00. Ueber den Höchstfuß hinaus erheben Beiträge sechs Kartelle. Den höchsten Beitrag weist Moskau mit 6,80 auf. Angaben über die Massenverhältnisse machten von den an der Berichterstattung beteiligten Kartellen nur 446. Diese hatten zusammen eine Gesamteinnahme von 1 084 282 und eine Gesamtausgabe von 1 187 580. Die Ausgabe überstieg die Einnahme um 103 298. Entsprechend diesen Mehrausgaben gingen die Massenbestände dieser Kartelle von 1 015 652 am Schlusse des Jahres 1915 auf 801 404 am Schlusse des Jahres 1916 zurück. Von den Einnahmen entfielen 581 608 auf Beiträge und 552 589 auf sonstige Einnahmen. Unter den Ausgabeposten steht die Ausgabe für Sekretariate und Rechtsauskunftstellen mit 446 106 (1915 448 277) an erster Stelle. Diese Ausgabe hielt sich ungefähr in gleicher Höhe wie im Vorjahre. Der nächstgrößte Posten kommt dann auf Gewerkschaftshäuser und Versammlungsräume mit 105 206 (1915 877). Für Herbergen und Arbeitsnachweise wurden 47 006 (1915 83 000) verausgabt. Die Höhe der Bildungsbeiträge (Bibliothek, sonstige Bildungsarbeiten und Jugendbildung) erforderten eine Ausgabe von zusammen 1 207 756 (1915 1 180 251). Die Verwaltungskosten betragen 147 780 (1915 180 900). Von 85 Kartellen wurden im Jahre 1916 zusammen zur Unterstützung von Familien der Kriegsteilnehmer und Arbeitslosen (Kriegsopfürsorge) 1 828 aufgebracht.

Die seit dem Jahre 1901 ausgenommene Kartellstatistik weist, abgesehen von einigen ganz unbedeutenden Schwankungen, eine ständig steigende Finanzkraft der Kartelle auf. Den höchsten Stand nimmt das Jahr 1918 mit einer Einnahme von 2 148 101 und einer Ausgabe von 2 145 019 ein. Diese Entwicklung beweist die ständig steigende Bedeutung der Kartelle im Rahmen der allgemeinen Gewerkschaftsbewegung. Der Kriegszustand hat darin nichts geändert. Gingen auch die Einnahmen bei dem erheblich reduzierten Mitgliederbestande in der absoluten Höhe stark zurück, so ist im Gegenfatz dazu die Einnahme, pro Mitglied und Jahr berechnet, in den Kriegsjahren noch gestiegen. Für das Jahr 1916 beträgt dieser Satz 1,20 gegen 0,8 % im Jahre 1913 und 0,1 % im Jahre 1901. Diese Steigerung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Kartelle ist ein neuer Beweis dafür, daß selbst bei der langen Kriegsdauer, der widrigen Entschärfung menschlicher Bestrebungen, die Lebenskraft der Gewerkschaften nicht gebrochen werden konnte. Noch steht der Gewerkschaftsbewegung jedoch eine weitere recht schwere Prüfung bevor, wenn das entsehlte Ringen der Nationen beendet und mit dem Wiederaufbau des zerstörten und Misgerateten begonnen werden muß. Eine Aufgabe, deren U. bliche, baldige Inangriffnahme alle fühlenden Menschen innigst herbeisehen; obgleich sie harte Ansprüche an ausdauernde Arbeit an die Arbeiter stellen wird. An diesem Friedenswerk werden die Gewerkschaften hervorragend beteiligt sein, und den Kartellen wird dabei ein wesentlicher Teil der Tätigkeit zufallen. Ihre Aufgabe ist, die Sammlung der Kräfte an den einzelnen Orten in einem zielbewußten, planmäßigen Handeln zusammenzufassen. Die Erfüllung dieser Aufgabe bedeutet die Mitarbeit der Kartelle an den Grundlagen zum machtvollen Aufstieg der Arbeiterklasse.

**Von unsern Kollegen im Felde.**  
Der Kollege Karl Sanung, Mitglied der Filiale Frankfurt a. M., wurde mit dem Kaiser-Karl-Truppenkreuz ausgezeichnet.

### Unsere Filialen unter dem Kriegszustande.

**Stuttgart.** Am Sonntag, 26. August, fand im Gewerkschaftshause eine Konferenz der in der württembergischen Industrie beschäftigten Kollegen statt, zu der sich 18 Teilnehmer eingefunden hatten; darunter außer den zur Stuttgarter Filiale zählenden Delegierten ein Vertreter der Filiale Ulm und drei Vertreter der Filiale Heilbronn. Die Konferenz war einberufen worden in Uebereinstimmung mit der Agitationskommission und der Stuttgarter Verwaltung, um die durch den Krieg unterbrochenen Arbeiten der im Januar 1914 abgehaltenen Konferenz weiterzuführen. Die Beratungsgegenstände dieser Tagung bildeten als erster Punkt: „Die Entwicklung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der in der Industrie beschäftigten Kollegen“, und als zweiter Punkt: „Die sanitären Verhältnisse in der Betrieben bei der Verarbeitung der Erzeugnisse und die daraus entziehenden Erkrankungen“.

Der für die beiden Punkte bestimmte Redner, Kollege G u p, behandelte zunächst die Entwicklung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse unter Berücksichtigung der nicht unwesentlichen Verschiebungen, die sowohl in der Art der Produktion, als auch unter den Beschäftigten in manchen Betrieben eingetreten sind. Nach unseren Erhebungen sei meist im Gegenfatz zu den übrigen in den erfahrenen Betrieben in Frage kommenden Berufsarbeitern, die Zahl unserer Kollegen fast allgemein zurückgegangen; die ausschließlich für Heeresbedarf hergestellten Produkte erforderten wenig Veredelungsarbeit. Neu entstanden und in fortwährender starker Entwicklung begriffen sei die Flugzeugindustrie. Die ungeheure Fluktuation, die mit Kriegsausbruch in den Betrieben einsetzte, der Zugang von schwer organisierten Kleinmeistern, ebenso die in stets wachsender Zahl in den meisten Betrieben Eingang findenden weiblichen Hilfskräfte schufen Berge von Hindernissen für eine der enormen Teuerung entsprechende Lohnentwicklung der Löhne. Trotzdem seien wir in den Betrieben, wenigstens wo die Verbandszugehörigkeit zur

Selbstverständlichkeit geworden, sehr gut vorangekommen. Redner behandelte dann die Lohnbewegungen während der Kriegszeit, die zwar nur auf einen Ausgleich der durch die Teuerung geschaffenen Verhältnisse und unzureichenden Löhne gerichtet sein konnten und die vielfach im Affordwesen vorhandenen alten Mißstände noch unbehoben ließen, die aber doch sehr wirksame Lohnzulagen und bereinigte nahezu müttergültige Regelungen brachten. Die selbst bei männlichen Arbeitern noch vor Jahresfrist anzutreffenden Stundenlöhne von 88 % seien beschwunden mit dem Einsetzen der Verbandsarbeit und Lohnverbänden bis zu 60 pSt. erreicht. Hierzu kämen fast durchweg noch Teuerungszulagen, die sich zwischen 60 % bis zu 12 % der Woche beliefen.

Die Autoladierer verzeichnen eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 80 in der Woche, die Kriegsfahrzeugbranche eine solche von 11,20, die Flugzeugbranche durchschnittlich 8,20, die Waggonindustrie wöchentlich 2; gering seien nur die Erfolge in der Möbelindustrie bisher geblieben; aber auch hier mache sich eine Wendung zum Besseren bemerkbar. In den Jahren 1915/16 seien für 19 Betriebe mit 420 Beschäftigten eine Gesamtlohnerhöhung von wöchentlich 2241 ohne die Teuerungszulagen erzielt, wobei einzelne Betriebe zwei bis drei Bewegungen zu verzeichnen hätten. In verschiedenen Betrieben mußte die Organisation einen besonderen Kampf gegen die wiederholten Versuche führen, unsere Kollegen als Hilfsarbeiter oder Angelernte zu entlohnen; ein Vorgehen, das auch weiterhin schärfste Achtung und Zurückweisung erfordere. Auch für die immer zahlreicher werdenden weiblichen Hilfskräfte, die voraussichtlich in Betrieben mit wenig qualifizierter Arbeit auch nach dem Kriege ihre Plätze behalten würden, seien nach deren Zuführung zum Verbands nahmbare Lohnsteigerungen erzielt worden, in einem Betriebe pro Stunde 8 bis 10 %, in zwei weiteren Betrieben 10 bis 16 %. Das in dem großen Wechsel und starken Zustrom von Arbeiterinnen auch für die Männer liegende lohnbrückende Moment erfordere erhöhte Werksbetätigung bei den Kollegen. Diese liege in einer Reihe von Betrieben während des Krieges völlig brach; es müsse unsere Aufgabe in der nächsten Zeit sein, die Kollegen dort wieder zu aktiver Arbeit im Verbands anzutreiben, wenn nicht große Nachteile für die dort stehenden Kollegen sich einstellen sollen.

Im Anschluß behandelte der Redner sofort den zweiten Punkt der Tagesordnung.

Mit dem vor zehn Jahren erfolgten Griaß der Farbenberufung durch den Bundesrat, die einen wesentlichen Erfolg unserer Verbandsarbeit darstelle, sei ein gewisser Abschluß auf diesem Gebiet für uns eingetreten. Die durch den Krieg auf unserem Materialmarkt geschaffenen Verhältnisse zwingen uns jedoch zu neuer und verstärkter Tätigkeit zum Schutze der Gesundheit und des Lebens unserer Kollegen.

Mehrere Unglücksfälle mit tödlichem Ausgang seien in letzter Zeit auch im Stuttgarter Filialgebiet zu verzeichnen gewesen, und Krankheitserscheinungen der verschiedensten Art, wie Hauterkrankungen, Schwindelanfälle und Kopfschmerzen, entzündliche Eide Schwellung der Augenlider, Nagen, Nieren- und Nervenkrankungen seien bei der Verarbeitung der Erzeugnisse immer häufiger in Erscheinung getreten, verschärft durch das Fehlen guter Waschmittel und auch ausreichender Wascheinrichtungen. Aber auch die während des Krieges mehr und mehr gesteigerte Arbeitsleistung führe zu einer schweren Beeinträchtigung der Gesundheit der Kollegen, die im Hinblick auf die geschädigten gesundheitsschädlichen Einwirkungen einer entschiedenen besseren Ernährung und Zuteilung der Schmarbeiteration bedürften.

Besondere Gefahren bestehen für die in Luftschiffwertien beschäftigten Kollegen, da fast nur mit fliegenden Decken, Anlegen und Stridlettern und dergleichen Hilfsmitteln, dazu im Sommer bei großer Hitze direkt unter den Hallendächern, gearbeitet werden müsse. Das in der Flugzeugindustrie verwendete Cellon, Aviatol usw. erzeuge ohnedies starke Schwindelanfälle, wodurch die Unfallgefahr sich steigere. Unsere Bemühungen, für die mit Cellon beschäftigten Kollegen Milch zu erlangen, seien in einem Betrieb von Erfolg begleitet gewesen; in den übrigen Betrieben sei ein befriedigendes Entgegenkommen noch nicht zu verzeichnen. Mit Urlaubsgewährung habe die Daimlermotorengesellschaft den Umfang gemacht. Nach Besprechung der vom Verbandsvorstand unternommenen Schritte, beim Kaiserlichen Gesundheitsamt eine größere Beachtung dieser Mißstände durch die maßgebenden Stellen und entsprechende Abhilfe zu erlangen (siehe auch Nr. 28 des „Vereins-Anzeigers“), schließt der Redner seine Darlegungen mit einem Appell an die Kollegen, auch auf diesem Gebiete wieder fleißiger mitzuarbeiten.

In der anschließenden Aussprache nahmen sämtliche Betriebsvertreter das Wort zur Berichterstattung über die herrschende Zustände. Eingehend bespricht Köhler die Lohnbewegungen in der Daimlermotorengesellschaft (Autoladiererei), die Tätigkeit der Afford- und Organisationsvertrauensmänner, ebenso die sanitären Verhältnisse, die zu besonderen Klagen keinen Anlaß böten. — Heller-Heuerbach hatte schriftlichen Bericht über zehn Betriebe überreicht, den der Vorsitzende, Kollege Schanzbach, zum Vortrag brachte. Die Löhne schwanken zwischen 75 bis 90 %, Hilfsarbeiter 55 bis 70 %; allgemeine Klagen über Kopfschmerzen und Betäubung durch die Erzeugnisse und Fehlen von Waschmöglichkeiten. — Scherr-Mettingen berichtete als einziger in seinem Betrieb organisierter Kollege. Es bestehe Aussicht, die abgefallenen Kollegen wieder für den Verband zu gewinnen und eine Besserung der Verhältnisse herbeizuführen; Affordlöhne seien zwischen 75 bis 90 %, Arbeiterinnen 70 bis 75 %, gelernte Arbeiter 1,10 bis 1,20. — Oswald-Ludwig-Schubert gibt als Lohnhöhe dort 42 bis 45 % an; allgemein werde eine Teuerungszulage von wöchentlich 10 % gezahlt; Spritker erhielten 60 %. — Schilling-Heilbronn berichtet über das Ueberhandnehmen der Kleinmeister und die dadurch geschaffenen behauerlichen Zustände in den Fabriken. Stundenlöhne zwischen 60 und 70 %, im Afford 1 bis 1,10. In den Affordpreisen derselben Wagagewagen be-



siehe eine Differenz bis zu 10 pro Stüd in den Betrieben. — Kurz-Elektron-Gannstatt weist auf die stark verminderte Qualität der Arbeit an den Motoren hin, die nur noch flüchtig behandelt wurden. Löhne im Afford 1 bis 1,10 nebst 20 pSt. Kriegszulage. — Daiber Friedrichshafen: Die Löhne im Luftschiffbau hätten im Afford im November 1916 auf 68 1/2 gestanden, zurzeit seien sie auf 84 1/2 heraufgebracht. Die Zulage beträgt für Verheiratete 2 täglich. — Schaal-Friedrichshafen vom Flugzeugbau wies auf die nach einjähriger Organisationsarbeit erzielten Verbesserungen hin, die bei entsprechendem Verhalten noch größer sein könnten. Der Einstellungslohn für gelernte Kollegen betrage 90 1/2 im Afford werde 80 pSt. mehr verzeichnet. Für auswärtig wohnende Verheiratete werde 2 Zulage täglich bezahlt. Täglich werde ein Liter Milch verabreicht zum Selbstkostenpreis. — Pöhl-Ulm: Im Affordberechnungsweisen beständen große Unbilligkeiten, mit denen sich zurzeit der Schlichtungsausschuss zu beschäftigen habe. Löhne gegenwärtig 48 bis 70 1/2; im November 1916 hätten sie allgemein auf 88 bis 124 gestanden. — Schupp-Daimlerwerk-Eindelfingen: Der Betrieb sei erst im Entstehen und lasse gesundheitlich noch viel zu wünschen; die Kollegen verlangen ebenfalls die Lieferung von Milch. Bezahlt werde noch im Stundenlohn, aber unbescheiden.

In seinem Schlusswort fasste Kollege Gup das Ergebnis der Beratungen dahingehend zusammen, daß sich die in der Kriegszeit geleistete Arbeit durchaus erfolgreich erwiesen habe, zunächst aber in zahlreichen Betrieben eine Stärkung der Organisation und deren Wiederaufbau als dringende Vorarbeit für die Erweiterung unserer Erfolge herbeigeführt werden müsse.

Vor allem sei von den Kollegen unter Beachtung der früheren Maßlinien im Auge zu behalten der Ausbau des Afford- und Organisationsvertrauensmännersystems und unserer Vertretung in den Arbeiterausschüssen; die Führung fortlaufender Ueberprüfungen über die Verdienste und Affordpreise durch unsere Vertrauensmänner; der Austausch des gesammelten Materials, insbesondere der Affordpreise gleichgearteter Betriebe durch die Vermittlung der Bezirksleitung; Beobachtung aller gesundheitsschädlichen Einflüsse als Folge schlechter Beschaffenheit der Arbeitsräume, Wasserversorgungsanlagen usw. (bei Verorbnung neuer Materialien eventuell Entlieferung von Proben solcher Materialien); Förderung weiterer Bestrebungen durch Verabreichung von Milch oder Nahrungsmittelzulagen die körperliche Widerstandsfähigkeit zu heben gegenüber nicht zu befechtender Gesundheitsgefahren, die eine eingehende Behandlung besonders der neu in den Beruf hineingekommenen Arbeiterkräfte notwendig mache.

Mit einem kräftigen Appell zu fleißiger Mitarbeit in der Organisation konnte die sechsstündige, ununterbrochene Tagung geschlossen werden.

### Eingefandt.

Werte Kollegen! Zu den bisherigen Anregungen über die Ueberführung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft möchte ich auch kurz meine Ansicht äußern. Zugeben muß man ja ohne weiteres, daß die Beschäftigungsmöglichkeit gerade in unserm Gewerbe nach Kriegsende eine äußerst geringe sein wird; besonders, wenn der Friede im Winter kommen sollte. Aber deshalb muß man doch allen Kollegen, die nun nicht das Glück haben, sofort in Beschäftigung zu treten, zum mindesten Gelegenheit geben, Beschäftigung zu finden. Denn gerade die Familienbäuer werden sich danach sehnen, endlich zu Weib und Kind zu kommen und nicht noch länger wochenlang in der Kaserne zu bleiben. Ich meine, es wäre wohl nicht zu viel Dank vom Vaterlande beansprucht, wenn denen, die zwar nicht eine sofort auszuübende Beschäftigung nachweisen können (was wohl bei fast allen Kollegen der Fall sein wird), zum mindesten ein vierzehntägiger Urlaub einschließlich Wohnung und Verpflegungsgeld zugewilligt wird, damit sie sich nach Beschäftigung umsehen; den Familien aber auch dann, wenn sie Arbeit gefunden haben, die Unterstützung, und zwar die volle, bisher gezahlte, für einen Monat, vom Tage des Beschäftigungseintritts an, zu bewilligen. Das wäre gewiß nicht zu viel verlangt; denn wie manche Familie hat das bisher ersparte, und wo nichts vorhanden war, so manches entäußern müssen, um bei den heutigen Lebensmittelpreisen das Leben zu fristen. Im übrigen siehe auch ich auf dem Standpunkt des Kollegen Diesendach, daß gerade die Kollegen daheim, als die Besserinformierten, uns in dieser Hinsicht unterstützen und uns wertvolle Ratsschlüsse zu geben in der Lage sind. Mit kollegialem Gruß Peter Deher.

### Baugewerbliches.

Ueber die rechtzeitige Bereitstellung von Bauarbeitern und Baustoffen für die Herstellung gemeinnütziger Kleinwohnungen in der Zeit nach dem Kriege berankeltete am 5. September das bayerische Ministerium des Innern eine Besprechung unter dem Vorsitz des Ministerialrats Freiherrn von und zu Ruffsch. Der Vorsitzende des Verbandes Bayerischer Baugewerkschaften, Dr. Buching, berichtete zunächst über die vorbereitenden Maßnahmen zu umfassender gemeinnütziger Bautätigkeit nach dem Kriege, während der Königl. Zentralwohnungsinspektor Dr. Köhner über die Verwertung der im Besitze der Geeserverwaltung befindlichen Reichsbauten und Baustoffe für die nächste Uebergangszeit eingehende Vorschläge machte. An der Aussprache, zu der Vertreter der beteiligten staatlichen Stellen, einschließlich der Geeserverwaltung, sowie aus allen Teilen Bayerns Abgeordnete der großen und kleineren Stadtgemeinden, der gemeinnützigen Vereinigungen und des organisierten Hausbesitzes, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer aus dem Baugewerbe, freie und beamtete Architekten erschienen waren, beteiligten sich besonders die Landtagsabgeordneten Gerstenecker und Zimm.

Die mehrstündigen Verhandlungen führten zur einmütigen Ueberzeugung, daß ein allgemeiner schwerer Mangel an neuen Kleinwohnungen bevorstehe, und daß auch die erforderlichen Baustoffe knapp und teuer sein werden. Nach den zusammenfassenden Worten der beiden Berichterstatter ergab die Besprechung folgende Anregungen: die größeren und kleineren Gemeinden hätten unverzüglich ihren Bedarf an Kleinwohnungen für die nächste Zeit festzustellen und Mindestbauprogramme hierzu auszuarbeiten. Das Ministerium des Innern wolle, alle Zweige des Kleinwohnungsbaues zusammenfassend, mit den Reichs- und Militärbehörden zur Beschaffung von militäreigenen Baustoffen, mit der Staatsforstverwaltung zur Vermittlung des erforderlichen Bauholzes in Verbindung treten. Jede Möglichkeit baupolizeilicher Erleichterung solle versucht werden; den Disziplinorgansstellen solle neuerlich die Vereinfachung und Verbilligung des Bauens nahegelegt werden.

### Aus Unternehmerkreisen.

Wegen die Uebernahme von Arbeiten durch Zwangsinnungen. Die vor kurzem wieder gegründete Zwangsinnung für das Malergewerbe zu München (ihre Vorgängerin war bekanntlich vor einigen Jahren aufgelöst worden) wollte ihrem Statut eine Bestimmung einfügen, nach der ihr die Uebernahme von Arbeiten erlaubt sein sollte. Die Königl. Regierung von Oberbayern strich indes den entsprechenden Absatz. Im Januar dieses Jahres beschloß die Innung, bezugsnehmend auf einen Ministerialerlass, der den Behörden die Vergebung von Arbeiten an Innungen usw. empfiehlt, dennoch in dem erwähnten Sinne zu wirken. Dagegen erhob die Ortsgruppe München des Bundes deutscher Dekorationsmaler, die schon die Gründung der Zwangsinnung selbst zu verhindern gesucht hatte, Beschwerde, die von der zuständigen Aufsichtsbehörde, dem Magistrat zu München, als berechtigt anerkannt wurde.

In der hierzu gegebenen Begründung heißt es unter anderem: „Wie die erwachsenen Verhandlungen ergeben lassen, ist von der Innung beabsichtigt, bei der Vergebung von Arbeiten im Submissionswege und dergleichen durch Behörden usw. als Bewerberin aufzutreten und im Falle der Uebertragung von Arbeiten an die Innung diese zur Ausführung an die Innungsmittglieder unter gewissen Bedingungen und nach bestimmtem Modus zu verketten. Die Innung selbst hat nach den gegebenen Umständen als Submittent dem Auftraggeber gegenüber den Vertrag zu unterzeichnen und geht damit die aus der Uebernahme der Arbeiten entspringenden Haftungverbindlichkeiten ein, wenn sie auch nach dem zwischen ihr und den die Arbeiten ausführenden Innungsmittgliedern abzuschließenden Vertrag sich Regressansprüche an diese vorbehält. — Diese Tätigkeit der Innung ist nichts anderes als die Errichtung eines gemeinsamen Geschäftsbetriebes. Die Errichtung eines solchen ist aber nur freien Innungen gestattet, während sie nach § 100 n der Gewerbeordnung Zwangsinnungen ausdrücklich verboten ist. Der Grund des Verbotes der Errichtung eines gemeinsamen Geschäftsbetriebes durch eine Zwangsinnung ist darin zu suchen, daß ihre Mitglieder die Mitgliedschaft nicht freiwillig erwerben und wieder ablegen können, sondern daß unter den Voraussetzungen des Innungsstatuts die in Betracht kommenden Gewerbetreibenden auf Grund des Gesetzes zur Mitgliedschaft gezwungen und daher nicht in der Lage sind, aus der Errichtung eines gemeinsamen Geschäftsbetriebes der Innung erwachsenden finanziellen Folgen sich nicht unterwerfen zu wollen.“

### Gewerkschaftliches.

Der Verband der deutschen Buchdrucker gibt in der Nummer 101 des „Korrespondent“ das Ergebnis seiner letzten, der 14., Erhebung vom 30. Juni 1917 bekannt. Die Statistik erstreckt sich auf 28 328 Mitglieder gegen 28 527 am 31. März. Vollbeschäftigt waren 27 226 oder 94,1 pSt. (März 94,8 pSt.), in andern Berufen waren 2,7 pSt. (2,75 pSt.) beschäftigt. 0,10 pSt. (0,30 pSt.) waren arbeitslos und 3,08 pSt. (2,75 pSt.) krank gemeldet. Die Erhöhung der Krankenziffer auf 1175 gegen 888 im März wird vom Verbandsorgan auf die Ernährungsverhältnisse und die Häufung der Ueberstundenarbeit zurückgeführt. Die diesmalige Krankenziffer ist die größte, die je im Verbands festgesetzt wurde. Selbst in Perioden großer Arbeitslosigkeit ging die Erkrankungs Häufigkeit nie über 3 pSt. der Verbandsmitglieder hinaus. — Die sonstigen Ziffern ergeben einen Rückgang, sowohl die Zahl der Arbeitslosen, als die der in andern Berufen Beschäftigten. An Unterstützungen wurden im zweiten Quartal gezahlt aus sämtlichen Kassen M 882 857 gegen M 895 954 im vorigen Quartal. In den drei Kriegsjahren zahlte der Verband insgesamt an Unterstützungen M 9 810 882, darunter M 2 272 235 freiwillige Familienunterstützung an die Familien der Kriegsteilnehmer. Auf das einzelne Kriegsjahr umgerechnet ergibt diese Summe eine jährliche Ausgabe von M 3 303 444.

„Die drei Jahre Krieg für den Verband bilden somit,“ bemerkt hierzu der „Korrespondent“, „ein schweres Kapitel, von dem man nur inbrünstig wünschen kann, daß es recht bald der Vergangenheit angehört. Beachtend tritt zwar hervor, wie unsere Organisation sich behauptet und was sie vollbracht hat, aber die Leiden und Opfer dieser Zeit verbunkeln die sich so augenfällig zeigende Kraft im Ueberwinden der denkbar schwierigsten Umstände.“

Arbeitslöhne und Kriegskosten. Ebenso wie die „Arbeiterzeitung“ tritt auch jetzt die „Berliner Börsenzeitung“ für die Notwendigkeit „des Abbaues der jetzigen anormalen Arbeiterlöhne“ ein. Das Blatt behauptet, daß „die jetzige jedenfalls ungesunde und ungewöhnliche Preisbildung in der Hauptsache auf die maßlos erhöhten Arbeiterlöhne zurückgeführt werden muß“. Als ob die ersten Lohnsteigerungen nicht erst eingeleitet hätten, als die Preissteigerung und der Preiswucher schon die größten Organe gezeichnet hätten. Die „Berliner Börsenzeitung“ spricht den Wunsch aus, daß nach Friedensschluß dem Streben nach höheren Löhnen „mit Nachdruck und nötigenfalls unter An-

wendung von Zwangsmahnahmen“ entgegengetreten werde. Die Friedenswirtschaft könne nur gedeihen, wenn die Löhne höher wieder herabstiege. — Ueber diese Forderung läßt sich reden, wenn zunächst einmal die Lebensmittel- und Warenpreise kräftig herabgesetzt sind. Bei den Arbeitern die Schuld an der Entwertung des Geldes zu suchen, ist eine offensichtlich Verleumdung der Tatsache. Die „Berliner Börsenzeitung“ sollte ihre überschüssige Energie viel lieber auf die Lebensmittelverteuerer und Kriegslieferanten verwenden.

### Arbeiterversicherung.

Bessere Krankenkost. Das Kriegsernährungsamt verordnet in einem Rundschreiben eine bessere Versorgung der Kranken mit Lebensmitteln. Es lassen fortgesetzt Klagen von Krankenanstalten, Heilanstaltsbesitzern und insbesondere auch von Hauskranken darüber ein, daß die Versorgungsverhältnisse der Kranken vielerorts noch sehr im argen liegen. Die Gemeinden seien sich vielfach noch nicht bewußt, daß die Kranken in gewissen Grenzen einen Anspruch auf besondere und vorzugsweise Verücklichung bei der Zuteilung der Lebensmittel haben. Deshalb sei eine Regelung der Frage nach einheitlichen Gesichtspunkten unabwendbar und dringend. Statistische Ermittlungen haben zu dem Ergebnis geführt, daß der durchschnittliche tägliche Krankenbestand im ganzen Reich auf etwa 2,87 vom Hundert der Gesamtbevölkerung zu schätzen ist, wobei 0,25 vom Hundert auf die öffentlichen und allgemeinen Krankenanstalten, 0,04 vom Hundert auf die öffentlichen und privaten Lungenheilstätten und 2,0 vom Hundert auf die übrigen Kranken entfallen. Daraus ergibt sich, daß eine Mehrzuweisung von wöchentlich 80 Gramm Butter und zwei Eiern an sämtliche Invalidekranken für den Kopf der Gesamtbevölkerung eine Einbuße von nur 0,15 vom Hundert Butter für die Woche und von weniger als ein Drittel Ei im Jahre bedeuten würde. Danach ergibt sich, daß die notwendige bessere Versorgung der Kranken für die übrige Bevölkerung ernstlich nicht ins Gewicht fällt.

Dem Rundschreiben sind „Grundsätze“ beigegeben, nach denen die Nahrungsmittelzulagen an die Kranken zu verteilen sind. In jedem Kommunalverband sind einige, nach Bedarf auch mehrere ärztliche Prüfungsstellen einzurichten. Jeder derselben soll mindestens ein beamteter Arzt angehören. Die Stelle hat alle Anträge auf Zulagen zu prüfen. Den Krankenhäusern, Heilanstalten und sich selbst belästigenden Kranken soll auf Antrag unter Anrechnung auf die Brotkarte eine bestimmte Menge reines Weizenmehl, etwa 20 Gramm auf den Kopf und Tag, zur Verfügung gestellt werden. Die Grundsätze enthalten ferner die Mindestmengen, die den Kranken gewährt werden sollen, zum Beispiel wöchentlich 4 Pfund Brot, 800 Gramm Fleisch, 2 Eier, 140 Gramm Butter, täglich 1/2 Liter Milch, monatlich 400 Gramm Käse, außerdem Hülsenfrüchte, Teigwaren, Brottauffrich usw.

Bestehende weitergehende Einrichtungen sollen unberührt bleiben. Für Formulare, ärztliche Zeugnisse usw. zu den Anträgen auf Zulagen sollen den Kranken möglichst keine Ausgaben entstehen. Eventuell sollen den Prüfungsstellen die Krankenscheine der Krankenkassen genügen.

### Gewerbe- und soziale Hygiene.

Krieg und Gesundheit. Auf der Tagung für Kriegswirtschaftliche Aufklärung sprach der Halleische Physiologe Professor Ueberhalden über das Thema „Krieg und Gesundheit“. Er erklärte unter anderem, die Untersuchungen der menschlichen Ausscheidungen hätten ergeben, daß mehr wertvolle Stoffe als früher ungenutzt aus dem Körper ausfließen. Das habe seine Ursache in dem Verger, dem die Menschheit jetzt ausgesetzt sei. Man solle sich daher den Verger abgewöhnen und sich jedenfalls nicht vor dem Essen ärgern. An der Menge der in den Excrementen ausgeschiedenen Stickstoffe konnte nachgewiesen werden, daß alle Menschen mehr oder minder Hamster seien. Bei der jetzigen Ernährungsweise sei ein Kohle- und Gas mangel nicht zu erwarten. Für eine gute Regelung auf diesem Gebiete müsse Sorge getragen werden. Auch sei gute Frauen jetzt eine patriotische Tat. Besonders schlimm daran sei der geistige Arbeiter, namentlich, wenn er auch körperliche Arbeit leistet, wie etwa der Arzt. Die Qualität unserer Nahrungsmittel sei gut. Es fehle höchstens Kalz, weil Milchmangel herrsche. Den Kalz könnte man aber in einem besonderen Präparat dem Körper zuführen. Die an verschiedenen Orten ausgebrochenen Epidemien führte dieser Fachmann auf den Genuß der Kohlrübe zurück. Die Untersuchung nach dem Stoff in der Kohlrübe, der schädlich sei, sei noch nicht beendet. Er warnte vor dem Genuß der Kohlrübe. Die jetzige Ernährungsweise habe weniger den Kindern und dem mittleren Alter, als vielmehr den Personen über fünfzig Jahren geschadet, die nicht mehr so widerstandsfähig seien; besonders rafften Jungen und Jungen sie leichter hin als früher. Auch habe die Lungenentzündung zugenommen. Die Sorge, daß aus der jetzigen Ernährungsweise Krankheiten, wie Scharlach und andere mehr entstehen könnten, teilt der Redner nicht. Doch empfiehlt er, das Gemüse möglichst mit Kartoffeln oder anderen Stoffen gemischt zu essen.

Es klingt zwar etwas sonderbar, sich den Verger abzugewöhnen; gehört es doch zum Wesen des grausamen Krieges, daß er ständig Nummer, Not und Aufregung im Gefolge hat; aber die Ausführungen des bekannten Gelehrten sind höchst beachtenswert, besonders für die neue Leitung des Kriegsernährungsamtes, indem hier auf eine schwere Untergrabung unserer Körperkräfte deutlich hingewiesen wird.

### Sozialpolitisches.

Ernteerhebung und Nachprüfung der Ernteschätze für Getreide. Durch eine im Juli dieses Jahres erfolgte Vorprüfung der Getreideernte ist ein vorläufiger Ueberblick über die diesjährige Ernte gewonnen. Hierfür wurde von Sachverständigen und Vertrauensleuten durch Schätzung eines Durchschnittsertrages für jede Gemeinde unter



Verpflichtung der im Juni ermittelten Erntefläche der Getreidebauern gemeindefreigemittelt. Für die sachgemäße Bewirtschaftung des Getreides ist jedoch eine möglichst genaue Kenntnis des tatsächlichen Erntertrages erforderlich. Dieser kann erst nach Beendigung der Ernte festgestellt werden. Zu dem Zweck ist vom Präsidenten des Kriegsernährungsamtes durch Verordnung vom 30. August 1917 bestimmt worden, daß in der Zeit vom 20. September bis 5. Oktober 1917 für jeden landwirtschaftlichen Betrieb unter Zuziehung der Betriebsinhaber oder deren Stellvertreter der Erntertrag für Brotgetreide, Gerste, Hafer und Getreidemenge sorgfältig zu ermitteln und dabei gleichzeitig eine Nachprüfung der im Juni angegebenen Erntefläche vorzunehmen ist. Die Ernterhebung bildet die Grundlage für die Bewirtschaftung des Brotgetreides und für alle die Versorgungsregelungen betreffenden Maßnahmen. Von ihr hängt die Zulassung der Mehl- und Brotmenge an die Bevölkerung für die Zukunft ab, so daß ihre gewissenhafteste Durchführung für unser wirtschaftliches Durchhalten von der allergrößten Bedeutung ist. Die mit der Erhebung betrauten Sachverständigen, ebenso wie die landwirtschaftlichen Betriebsinhaber haben daher die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Erhebung ein zuverlässiges Ergebnis liefert.

**Sind wir endlich auf dem Wege zum Reichsarbeitsministerium?** Diese überaus wichtige Frage wird im „Correspondenzblatt der Generalkommission“ eingehend behandelt und auseinandergesetzt, daß die erstgütige Teilung des Reichsamt des Innern ein erster Schritt auf diesem Wege ist. Das neu geschaffene Reichsarbeitsamt unter Dr. Schwander-Strakburg ist freilich keine ganz glückliche Lösung, da die gesamte Handels- und Wirtschaftspolitik einerseits sowie die Sozialpolitik andererseits dazu gehört. Ein Reichsarbeitsministerium hingegen hätte alle wirtschafts- und sozialpolitischen Angelegenheiten, insonderheit alle Arbeiterfragen zu erledigen. Viel kommt freilich auf die Beschäftigung der einzelnen Abteilungen an. Werden hier tüchtige Mitarbeiter gewonnen, die mit scharfem Blick für das Notwendige zugleich die Kraft der Durchführung vereinigen, die wirtschaftliche Praxis haben und das Vertrauen der Arbeiter genießen, so kann die neue Einrichtung auch von uns gutgeheißen werden. Bei alledem bleiben die Kräfte in der deutschen Volkswirtschaft (Unternehmer, Angestellte, Arbeiter) auf Selbsthilfe angewiesen. Es kann nicht alles reglementiert werden. Die Arbeiterklasse erwartet nicht, daß ihr die Neuordnung auf dem Präsidententeller gerecht werde, sondern sie wird sich zu erkämpfen wissen, was sie zu ihrem Leben und Wirken notwendig braucht. Das Reichsarbeitsamt wird vor allem eine Vertretung der Arbeiter (Arbeiter- und Angestelltenkammern) schaffen müssen. Arbeitsvermittlung, Wohnungsfürsorge, ein Reichsarbeitsamt und andere Reformen sind schon bei der Ubergangswirtschaft durchzuführen.

**Leistungszulagen sind nicht pfändbar und nicht versteuerbar.** In Nummer 27 des „Vereins-Anzeiger“ haben wir auf die wichtige Entscheidung des Oberlandesgerichts zu Köln hingewiesen, wonach Leistungszulagen als außerordentliche und zeitweilige Zuwendungen weder der Pfändbarkeit noch der Besteuerung unterliegen. Nun hat auch die Bezirkssteuerbehörde in Dresden erklärt, daß die Kriegsteuerzulage der Besteuerung nicht unterliegt. Diese Erklärung kommt allerdings zu spät; denn die Einschätzung zur Einkommensteuer ist längst vollzogen, und die Reklamationsfrist größtenteils schon verstrichen. Es ist aber festzustellen, daß bei der Einschätzung die Leistungszulage in den überaus meisten Fällen mit in Anrechnung gebracht worden ist. Wo dies geschehen ist, werden die so Betroffenen gut tun, vorausgesetzt, daß die Reklamationsfrist nicht schon verstrichen ist (drei Wochen nach erfolgter Zustellung des Steuerzettels), die Reklamation einzureichen. Andernfalls ist durch Gesuch Erlass eines Teiles der Steuer zu beantragen unter der Begründung, daß der Rechtsbehauptungspunkt erst jetzt bekannt geworden ist und daß dieser von der Steuerbehörde bei der Einschätzung unbeachtet geblieben ist.

### Genossenschaftliches.

**Die Unabhängigkeit der Konsumvereine.** Bekanntlich legen die deutschen Konsumgenossenschaften als rein wirtschaftliche Organisationen Wert darauf, ihre Tätigkeit zu entfalten unabhängig von allen politischen, religiösen oder sonstigen Beeinträchtigungen. Ihr Ziel ist die Organisierung der Güterverteilung unter Ausschaltung aller überflüssigen und darum schmerzhaften Zwischenglieder; das Mittel hierzu ist der Zusammenschluß aller Verbraucher zu starken, leistungsfähigen Vereinen. Sie wollen das Interesse der Verbraucher in jeder Beziehung wahren, und da das Verbraucherinteresse allen Menschen, die Bedürfnisse haben, gemeinsam ist, so ist die Konsumgenossenschaftsbewegung ihrer inneren Natur nach darauf angewiesen, alle Verbraucher ohne Unterscheid des Standes, der Partei und der Religion in sich zusammenzufassen. Die Unabhängigkeit von allen äußeren Einflüssen und von allen Nebenabsichten ist die Lebensbedingung der Konsumvereine. Sie bedürfen der Mitarbeit aller Volksgenossen, die eine Umgestaltung unserer Wirtschaftsweise im Sinne des Genossenschaftssozialismus für notwendig halten. Unbekümmert um die verschiedengestaltigen Anschauungen und Ziele der Menschen, richten sie ihren Willen auf das gemeinsame Ziel, die Sozialisierung des Handels. In dieser Konzentration ihrer Kräfte auf das eine Ziel liegt ihre Stärke und das Geheimnis ihres Erfolges.

Während bei uns in Deutschland die Konsumvereine — wenigstens die im Zentralverbande (Sitz Hamburg) zusammengegangenen — ihre Neutralität betonen, hat man in anderen Ländern politischen und religiösen Strömungen Einfluß auf das Genossenschaftswesen eingeräumt. Die Folge davon ist eine arge Zersplitterung, da es dort sozialdemokratische und bürgerliche, katholische und protestantische, kurz Konsumvereine aller Schattierungen gibt. Das Ergebnis dieser Zersplitterung ist die Ohnmacht der Genossen-

schaftsbewegung. Glücklicherweise haben einsichtige Genossenschaftler erkannt, daß ein solcher Zustand auf die Dauer unhaltbar ist und daß alle Vereinbarungen vorliegt, die Konsumvereine von den Parteien und Religionsgemeinschaften unabhängig zu machen und sie auf eigene Füße zu stellen. Nur durch die Neutralität der Genossenschaften wird es möglich sein, eine gesunde Entwicklung zu gewährleisten. Es ist bedauerlich, daß sich auch in der deutschen Genossenschaftsbewegung Zersplitterungsbestrebungen bemerkbar machen. Es gibt auch bei uns Spaltpläne, die den Samen der Zersplitterung sät und auf Zersplitterung ausgehen. Immer wieder kann man lesen, daß verborgene oder persönlich interessierte Leute vor den „von der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften beherrschten Konsumvereinen“ warnen und sie als eine Gefahr für die Arbeiterschaft schildern. Diese Leute spielen sich auf als die Hüter und Wächter unserer nationalen und religiösen Güter und erklären es für ihre Aufgabe, die unerfahrenen Arbeiter und Arbeiterinnen vor dem sozialdemokratischen Wirre zu bewahren. Und dann gründen sie besondere Konsumvereine, die natürlich niemals leistungsfähig werden, sondern ein kümmerliches Dasein führen und den Mitgliedern keinen Vorteil bringen. Schlimm ist es hierbei, daß so manche Leute auf diesen faulen Pfaden hineinfallen und diesen Spaltplänen, Heeresfolge leisten, und das in einer Zeit, in der die Notwendigkeit einer einheitlichen Organisierung unserer Lebensmittelversorgung klar zutage tritt. Eine Verquickung politischer oder religiöser Bestrebungen mit der Genossenschaftsbewegung ist stets vom Uebel, von welcher Seite sie auch kommen möge. Es ist deshalb ein verhängnisvoller Fehler, Gegensätze der Weltanschauung oder der Politik in die Genossenschaften tragen zu wollen. Das bedeutet eine schwere Schädigung der genossenschaftlichen Tätigkeit und eine Lähmung ihrer Werbekraft. Die deutschen Konsumvereine kümmern sich nicht um die Gewinnung ihrer Mitglieder und um ihre Betätigung im öffentlichen Leben. Sie heißen jeden willkommen, der ernstlich und ehrlich mitarbeiten will; aber für Quereinsteiger haben sie keinen Boden. Damit dienen sie dem Wohl ihrer Mitglieder und auch dem Allgemeinwohl.

**Die Kinder-Vollversicherung.** Von den über sieben Millionen in Deutschland bestehenden Vollversicherungen sind etwa 48 pJt. sogenannte Kinderversicherungen, die auf das Leben von Kindern unter 14 Jahren abgeschlossen wurden. Dieser hohe Prozentsatz beweist, wie stark das Bestreben, die Kinder zur Konfirmation, Lehrgeld, Aussteuer oder dergleichen mit einem gewissen Kapital zu versorgen, gerade in den breiten Arbeitermassen ausgeprägt ist. Die Auszahlung der Versicherungssumme im Todesfalle spielt dabei eine weniger wichtige Rolle, da sie, sofern sie die Beerdigungskosten übersteigt, von Gesetzes wegen erst nach vollendetem sechsten Lebensjahr in Betracht kommt und die meisten versicherten Kinder infolge der überaus kurzen Versicherungsdauer den Ablauf der Versicherung erleben. Wir haben schon in einer früheren Notiz darauf hingewiesen, wie ungünstig kurze Versicherungsdauern für die Versicherungsnehmer ist, und haben den Abschluß langfristiger Versicherungen empfohlen. Dies gilt in ganz besonderer Weise für die Kinderversicherung. Hier kommt noch hinzu, daß die Versicherungssumme zu einem bestimmten Termin — meistens zur Konfirmation — ausbezahlt werden soll, so daß die Wahl einer längeren Versicherungsdauer, die bei der Versicherung Erwachsener ja ein Leichtes ist, gar nicht einmal immer möglich sein dürfte. Um diesen Nachteil auszugleichen, sollten alle Eltern ihre Kinder möglichst früh, am besten recht bald nach der Geburt, versichern, damit die Versicherungssumme mit den Genümenanteilen einen nennenswerten Betrag erreicht und die Versicherung ihren hohen Zweck auch wirklich erfüllt.

### Vom Ausland.

**Die österreichischen Gewerkschaften im Kriege.** Das Organ der österreichischen Gewerkschaftskommission, die „Gewerkschaft“, bringt einen eingehenden Bericht über den Stand der österreichischen Gewerkschaften während der drei Kriegsjahre. Den größten Mitgliederverlust zeigt das Jahr 1914, der nicht bloß auf die allgemeine Mobilisierung zu Kriegsbeginn, sondern auch auf die geistigen Erschütterungen zurückzuführen war; aber schon das zweite Kriegsjahr ließ eine merkliche Besserung erkennen, die sich in einem absoluten und relativen Rückgang des Mitgliederverlustes bemerkbar machte, und das dritte Kriegsjahr (1916) läßt diesen Rückgang bei den männlichen Mitgliedern hinter der beiläufigen Zahl der in diesem Jahre zum Kriegsdienst Einberufenen weit zurückbleiben, während er bei den weiblichen Mitgliedern sogar von einer Zunahme abgelöst wird. Die Zahlen aus den drei Kriegsjahren, die diese Entwicklung recht deutlich sichtbar machen, sind folgende: Die Zahl der Mitglieder betrug:

	1913	1914	1915	1916
Männliche.....	372 216	210 491	151 424	188 759
Weibliche.....	42 979	80 260	25 689	28 148
Zusammen...	415 195	240 681	177 113	166 907

Die Zahl der Zentralverbände hat sich infolge Verschmelzung des Verbandes der Mühlenarbeiter mit dem

der Brauereiarbeiter und durch die Einstellung der Tätigkeit der Verbände der Biegeleiarbeiter, Schirnarbeiter und Sortiermagdele von 52 auf 48 vermindert. Die Zahl der Sozialvereine ist durch die Ausschaltung des Vereins der Buchdrucker und Schriftsetzer Bulowinos von 22 auf 21 gesunken. Die Zentralverbände umfassen 2848 gegen 2886 Ortsgruppen im Vorjahre und weisen demnach einen Verlust von 318 Ortsgruppen auf.

### Selbsterkenntnis.

Vom Kreuz der Menschheit tropft das letzte Blut,  
Und unter grauer Asche glimmt die Glut.  
Schon flattert überm sturmgepeitschten Meer  
Die Friedenstaube suchend hin und her.  
Aus rotem Frühlicht taucht das ferne Land,  
Weil alle Häufe öffnen sich zur Hand.  
In hundert Sprachen lallt ein stumm Gebet  
Der Mensch und staunt, daß er sich selbst versteht.  
„Du bist es! Du!“ — „Nein, ich bin's, Bruder, ich!“  
„Was, ich und du? Sind wir nicht beide? Sprich!“  
„Dein Du mein Ich, ich selber nur dein Du,  
Und eines findet nur im andern Ruh!“  
So tödlich ist des Lebens Netz gewebt:  
Man schlägt sich tot, weil man im andern lebt!  
Man lebt im andern, den man niederschlug;  
So war denn alles Irrsinn, Aug und Trug!  
Nur dieses eine nicht, dies Ich im Du —  
Dann, alter Janus, schließ' die Tore zu!  
Eggar Stolger.

### Literarisches.

„Die Glocke“, Sozialistische Wochenschrift. Herausgeber: Parvus (Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW 68). Erschienen ist soeben das Heft 24. — Einzelhefte 80 A, vierteljährlich M. 2,50 bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.

Zentralverband der Leberarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands. Jahresbericht des Zentralvorstandes für das Jahr 1916. Berlin SO 88.

Lehrmittel für Alle. Technische Monatshefte für Bau- und Maschinentechnik, Bergbau, Kriegswesen, Flug-, Schiff- und Verkehrstechnik, Handel, Industrie und Landwirtschaft, 8. Jahrgang (1917/18), Heft 4 und 5. Preis vierteljährlich M. 1,45. (Stuttgart, Verlag der „Lehrmittel für Alle“, Brändische Verlagsbuchhandlung.)

Die Heimatkunde wird in der Kriegszeit mit Recht besonders gepflegt, und sie wird nach dem Kriege sicher noch einen großen Aufschwung erfahren. Da ist es sehr interessant, auch einmal den Wechsel des deutschen Pfandesbildes im Laufe der Jahrhunderte kennen zu lernen; denn unsere Heimat hat sich seit alter Zeit ganz erheblich verändert. Einen sehr gediegenen Überblick über diese Wandlungen gibt der bekannte Oberstudierrat Dr. Lampert im 8. Heft des „Rosmos“, des Handbuchs für Naturkunde (Stuttgart, Brändische Verlagsbuchhandlung). Diese Studie wird jeden fesseln, der mit offenen Augen die deutschen Gauen überfliehet. Um die Pflege der Heimatkunde, die einen so wichtigen Bestandteil unserer Heimatkunde bildet, hat sich der „Rosmos“ schon sehr große Verdienste erworben. Er beschränkt sich natürlich nicht auf Deutschland, sondern berichtet über alles, was an neuen Beobachtungen auf der weiten Erde wie im weiten Himmelraum zu verzeichnen ist. Wie reichhaltig der „Rosmos“ ist, kann man schon daraus ersehen, daß er in den beiden neuesten Heften unter anderm folgende Artikel bringt: Wie sich Pfaffen an Wärd zu helfen wissen. Die Bedeutung des Fernrohr für die Himmelsforschung. Blut als Nahrungsmittel. Wadelfleine. Aus der Welt der Mächten. Der Waldbrunn. Die Grundlagen des metrischen Systems. Vershnerer Wald. Weltzergut. Die Düngung der Luft mit Kohlen säure. Der Erbsenläufer usw. Eine besondere Abweimung ist außerdem der „Wissenschaft und dem Krieg“ gewidmet. — Mit Heft 9 erhalten die Abonnenten wieder eine der beliebtesten losenlosen Buchbeilagen, und zwar das neueste, außerordentlich zeitgemäße Werk von Dr. Haeckel: „Speise und Trank“.

### Vereinstell.

Bericht der Hauptliste vom 10. bis 15. September. Eingelandt haben: Düsseldorf M. 200, Cassel 200, Elberfeld 150, Dessau 80, Stuttgart 600, Cöln 500, Forst 60, Gewerbeverein der Maler 29,90, Verband der christlichen Maler 54,80.

Die Woche vom 23. bis 29. September ist die 39. Beitragswoche.

### Malerei-Genossenschaft für Nürnberg und Umgegend

G. G. m. b. H., Sulzbacherstr. 7.

**Netto-Bilanz 31. Dezember 1916.**

<b>Activa.</b>	<b>Passiva.</b>
Inventar- und Guthabens-Konto .. M. 1,-	Mitglieder Guthaben .. M. 1200,-
Material-Konto .. „ 1,-	Reservefonds .. „ 945,-
Bausforderungen .. „ 12600,12	Verkehrs-Konto .. „ 2000,-
Rassen-Konto .. „ 269,74	Gewinn- und Verlust-Konto:
Druckkosten-Konto .. „ 5,-	Vortrag von 1915 = M. 714,45
Beteiligungs-Konto .. „ 100,-	Gewinn von 1916 = „ 7924,45
	M. 8638,90
	M. 12876,86

### Geschäftsguthaben.

Eingehakt .. M. 1270,-
1916 .. „ 20,-
Am 31. Dezember 1916 .. M. 1290,-

### Passivsumme.

Am 31. Dezember 1915 .. M. 1600,-
Zugang 1916 .. „ „
Abgang 1916 .. „ „
Am 31. Dezember 1916 .. M. 1600,-

Der Vorstand.

### Das Malergewerbe

Die Berufs- und sozialen Verhältnisse, Gesundheitsverhältnisse und Gesundheitsfürsorge der Arbeiter des Malergewerbes. Aus Anlaß der internationalen Bau- und Ausschauung in Leipzig 1913 wurde obiges Thema vom Vorstand des Verbandes behandelt und in Broschürenform herausgegeben. Selbstverlag des Verbandes. Verkaufspreis der Broschüre M. 2,-. Mitglieder erhalten Vorzugspreis.

Der heutigen Nummer liegt Nr. 86 des „Correspondenzblattes“ bei.